

Pressemitteilung

Kaarst, den 22. September 2004

Ihre Ansprechpartner: Norbert Kallen; Telefon: 02131-889101
Klaus-Dieter Pruss, Telefon: 02131-20524-70

Miteinander statt Gegeneinander

Streit und gegenseitige Vorwürfe lösen das Grundwasserproblem nicht. Gemäß dieser Überzeugung haben die Bürgerinitiative Grundwasser Kaarst e.v. und der CDU-Stadtverband in einer gemeinsamen Erklärung eine zukünftige bessere Kooperation vereinbart. Die Erklärung stellten der Vorsitzende der Bürgerinitiative Klaus-Dieter Pruss und CDU-Chef Norbert Kallen nun im Beisein von Bürgermeister Moormann sowie Frau Dr. Spona und Herrn Bernhard Burghaus von der Bürgerinitiative Grundwasser vor.

Anlass der Erklärung waren verschiedene Gespräche über die von der Bürgerinitiative geplante „Rote-Karte-Aktion“.

Klaus-Dieter Pruss erklärte: „Die in der roten Karte enthaltenen Vorwürfen sind aus Verärgerung über Sachentscheidungen und dem Verlauf von Sitzungen entstanden und waren eventuell zum Teil überzogen. Wir vertreten zwar zur Frage einer sofortigen Entscheidung zur Entschlammung des Nordkanals eine andere Auffassung als die CDU, erkennen aber trotzdem an, dass gerade der Bürgermeister sich dem Thema Grundwasser engagiert widmet. Unsere Kritik richtete sich nicht gegen Personen, sondern legte den Finger auf die Wunde eines klaren „Ja“ zur Grundwasserbekämpfung.“

Auch CDU-Fraktionschef Norbert Kallen räumte ein, dass die Zusammenarbeit mit der Bürgerinitiative von Seiten seiner Partei nicht immer frei von Emotionen und einer teilweisen unangepassten Wortwahl war. „Es ist gut, dass es jetzt nicht zu einer weiteren Eskalation kommt. Denn das Grundwasserproblem können wir nur gemeinsam lösen.“

Wie hierzu das weitere Vorgehen sein soll, davon haben beide Seiten schon recht genaue Vorstellungen. Mit Nachdruck soll geklärt werden, ob die Nordkanalentschlammung nicht billiger als bisher angenommen zu haben ist. Deshalb soll eine Schlammprobe entnommen, sollen Gespräche mit der Kreisgrundwasserkommission, Abfallbehörden etc. die kostengünstigsten Entsorgungswege aufzeigen. Der Nordkanalverband, in dessen Verbandsversammlung künftig anstelle eines der CDU-Vertreter ein Vertreter der Bürgerinitiativen mitwirken wird, soll zudem die Bereitschaft zu finanziellen Beiträgen aller anderen Beteiligten prüfen. Die CDU wird hierfür einen Vertreter zurückziehen. Eine klare Zielvorgabe sind die Haushaltsberatungen 2006, bis dahin sollen alle Fragen geklärt sein, um dann über die Entschlammung entscheiden zu können. „Dieses Vorgehen entspricht unserem Ziel, eine finanziell verantwortbare Entscheidung treffen zu können.“ betonte Norbert Kallen. Klaus-Dieter Pruss ergänzte für die Bürgerinitiative: „Die Bereitschaft zur parallelen Bearbeitung der notwendigen Fragen um Zeit zu sparen, verbunden mit einem klaren Zeithorizont 2006 und dem klaren Bekenntnis zur Grundwasserbekämpfung stimmt uns optimistisch in dieser existentiellen Frage für Kaarster Bürger im kommenden Jahr größere Schritte als bisher machen zu können. Betonen möchten wir aber auch, dass unsere Arbeit, trotz des gefundenen gemeinsamen Weges mit der Mehrheitsfraktion, bereits in den vergangenen

vier Jahren auch von den anderen Parteien größtenteils wohlwollend getragen wurde und die Bürgerinitiative großen Wert auf Überparteilichkeit und Unabhängigkeit legt.“